
Im Brennpunkt

Friedrich Schweitzer

13 minus eins: oben, unten oder in der Mitte?

Gymnasiale Bildung auf dem Seziertisch der Finanzminister

Manchmal ist sie „vom Tisch“, dann wieder wird sie „heiß“ diskutiert und ist schon „fast beschlossen“: Seit Monaten geistert die Frage einer Verkürzung der gymnasialen Schulzeit durch die Presse. Protagonisten der Diskussion sind bezeichnenderweise nicht Bildungsfachleute oder die Kultusministerien. Finanzargumente und Sparzwänge haben den Streit ausgelöst: Die neuen Bundesländer wissen nicht, wie sie angesichts fehlender Ressourcen ihr Schulwesen auf 13 Jahre ausbauen sollen, und manche der alten Länder sehen in einer Verkürzung der Zeit bis zum Abitur Chancen für die Sanierung des strapazierten Staatssäckels. Ihnen allen ist der Verweis auf „Europa“ mit seinen zumeist nur zwölf Schuljahren gleichermaßen hoch willkommen, auch wenn Europa sonst „Standards für Deutschland“ nicht setzen darf.

Nun ist die *Dreizehn* zwar keine heilige Zahl mehr und auch die historisch entstandene Dauer von Schulzeit keine heilige Kuh. Aber unreflektierte Sparmaßnahmen erzeugen gerade im Bildungswesen noch lange keinen Spareffekt, besonders wenn die pekuniären, politischen und pädagogischen Neben- und Folgekosten mit veranschlagt werden: Nachteile für zukunftsbedeutsame Bildung, Einbußen an demokratischer Offenheit des Schulwesens, geringere Erreichbarkeit von Bildungsabschlüssen sowie eine schlechtere Qualität von Schule.

Schon lange wartet das Gymnasium auf die Vollendung der Reformen, die 1973 mit der Reform der gymnasialen Oberstufe *organisatorisch*, niemals aber – wie damals versprochen – auch *curricular* in Gang gesetzt wurden. In den letzten 20 Jahren hat das Gymnasium nur immer wieder kurzatmige Revisionen des ursprünglichen Reformkonzeptes zu erleiden gehabt. Begründete, von einem durchdachten Bildungskonzept getragene Reformen wurden mutlos unterlassen oder sind dort, wo sie – wie etwa bei den Versuchen mit einer Doppelqualifikation – noch im Gange waren, mit formalen Regelungen sowie – man staune! – dem Hinweis auf die „absolute“ Untergrenze von 13 Schuljahren bis zum Abitur mit Auflagen und Zusatzzeiten belegt worden. Wenn nun eine weitere Veränderung erneut allein von außen und lediglich quantitativ bei der Schulzeit ansetzen soll, ohne das Bildungskonzept auch nur zu bedenken, kann dies kaum anders als eine endgültige Kapitulation vor allen inhaltlichen und pädagogischen Fragen gymnasialer

Bildung bezeichnet werden. Nur im Rahmen einer umfassenden Gymnasialreform könnte eine Verkürzung der Schulzeit sinnvoll in Angriff genommen werden. Solange eine solche Reform unterbleibt, können Verkürzungen nur auf Kosten der Qualität von Bildung und Schule gehen.

An welcher Stelle soll das Sparjahr eigentlich weggenommen werden? Unten, oben oder in der Mitte? Die gymnasiale Oberstufe kann nicht einfach um ein Jahr gekürzt werden. Die zweieinhalb Jahre bis zu den Abiturprüfungen stellen heute angesichts der besonderen, von der Sekundarstufe I deutlich abgesetzten Arbeitsweise in Kursen ein absolutes Minimum dar. Nur um den Preis einer Rückkehr zum alten System von vor 1973, gegen das schon damals gute Gründe sprachen, ließe sich eine auf 18 Monate zurückgeschnittene Oberstufe überhaupt vorstellen. Ohne erhebliche Qualitätseinbußen wäre sie auch dann freilich nicht zu erreichen: Aus der gymnasialen Oberstufe würde eine Art Bims(schnell)kursus zum Abitur.

So wird denn auch daran gedacht, das Jahr nicht oben, sondern in der Mitte wegzuschneiden. Die Oberstufe soll weiterhin drei Jahre dauern, dann aber ein Jahr früher beginnen. Das würde freilich bedeuten, daß im Gymnasium die Mittlere Reife schneller zu erreichen ist als in anderen Schularten. Soll das Gymnasium dann dennoch nicht zur Intercity-Schule werden, in der sich dieser Abschluß leichter ansteuern läßt, muß es die sonst in sechs Jahren zu bewältigenden Inhalte in die verbleibenden fünf Jahre hineinstopfen. Dies wäre denkbar, hätte aber seinen klaren Preis: stärkere Selektivität („wer zu langsam ist, muß eben gehen“) sowie Beschränkung der pädagogischen Angebote („alles, was für den Abschluß nicht unbedingt erforderlich ist, muß jetzt entfallen“). Besonders die kleinen Fächer wie Kunst, Sport und Religion wären dem Verschlankungsdruck ausgesetzt. Zusatzaktivitäten wie Projekte oder gar ganze Projektwochen müßten wohl weitgehend entfallen. Wenn man es ausrechnen könnte: Die pädagogischen und gesellschaftlichen Kosten wären nicht geringer zu veranschlagen als die möglichen Einsparungen durch die Verkürzung!

So bliebe als Rahmen für eine 12jährige Schulzeit am Ende nur die Möglichkeit, die Sekundarschule insgesamt so zu reformieren, daß die heutige gymnasiale Oberstufe mit ihrer Arbeitsweise keine Sonderform mehr darstellt, sondern als integraler Bestandteil der Sekundarschule flexibel und ohne auf andere Schularten ausgehenden Konkurrenzdruck angesteuert werden kann. Dies würde freilich nichts anderes bedeuten als die Einführung einer Gesamtschule, deren Recht in der alten Bundesrepublik von manchen, die jetzt nur noch ans Sparen denken, mit allen Mitteln bestritten wurde. Tatsächlich sind ja nicht nur die 13 Jahre bis zum Abitur ein deutscher Sonderweg, sondern ist es viel mehr noch das dreigliedrige Schulwesen.

Zum Schluß: Wie steht es eigentlich mit den Konsequenzen für den Arbeitsmarkt? Wie soll der Arbeitsmarkt nun plötzlich all die Jugendlichen aufnehmen, die bisher noch ein Jahr länger in der Schule waren? Auch wenn diese Jugendlichen alle irgendwie unterkommen sollten, steht nicht zu

erwarten, daß sich die Zahl der Arbeitsplätze dadurch erhöht. An anderer Stelle würde die Arbeitslosigkeit wachsen. Mit anderen Worten: Schon unter Arbeitsmarktaspekten wäre die Einsparung eines Schuljahres lediglich eine Verschiebung der Kosten vom Bildungsbereich hin zur Finanzierung von dann hausgemacht ansteigender Arbeitslosigkeit – nur daß dann die finanziellen Mittel für die Zukunft gewiß schlechter eingesetzt wären.

So bleibt die klügste Antwort auf die Sparmaßnahmen vielleicht doch die des Karikaturisten, der einen Erstkläßler seinem Schulkameraden vorschlagen läßt: „Wenn wir schon ein Schuljahr einsparen sollen, dann am besten doch das erste!“